



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Maximilian Böttl, Dr. Stefan Ebner, Thomas Huber, Andreas Kaufmann, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Jenny Schack, Josef Schmid, Steffen Vogel CSU,**

Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 19/2362, 19/3482

Geothermie-Ausbau in Bayern voranbringen

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- ein Konzept zügig weiterzuentwickeln, wie sie – sobald der Bund geklärt hat, wie er die Fündigkeitsrisikoversicherung aufsetzt – die verbleibenden Lücken bei der Absicherung des Fündigkeitsrisikos von Geothermie-Vorhaben reduziert,
- ein Kreditprogramm über die LfA-Förderbank zu prüfen, um die Finanzierung von Geothermie-Vorhaben und Wärmenetzen zu verbessern, sowie über die Inanspruchnahme von bestehenden Fördermöglichkeiten zu berichten,
- zu prüfen, inwieweit die Verlegung von Fernwärmetransportleitungen durch Bannwald erleichtert werden kann, indem Ausgleichspflanzungen im Sinne von Art. 9 Abs. 6 Satz 2 Bayerisches Waldgesetz (BayWaldG) nicht mehr zwingend im gleichen Waldgebiet vorzunehmen sind, sondern auch in anderen Waldgebieten in räumlicher Nähe ermöglicht werden,
- im Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung über die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine Förderung von Geothermie-Vorhaben zu berichten, dabei ist insbesondere auf EU-Beihilferecht sowie das bayerische Haushalts- und Bürgerschaftsrecht einzugehen,
- im Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung zu berichten, mit welchen Einschnitten sie durch den Stopp sowie die mögliche Überarbeitung und Reduzierung der Bundesförderprogramme rechnet und welche Auswirkungen diese auf die Weiterentwicklung der Geothermie in Bayern haben werden,

- im Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung zu berichten, wie sie die Kommunen im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Wärmeplanung und ihrer anschließenden Umsetzung bei der Planung und Durchführung von Geothermie-Vorhaben unterstützt.

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident